

Dies hängt mit der ökonomischen Spaltung, vor allem aber mit der sowjetischen Entwicklung zusammen. Diese schreitet in letzter Zeit so stürmisch voran, daß man nicht mehr weiß, wohin sie führen wird. Von ihr ist aber die gesamteuropäische Entwicklung und auch die deutsche Frage wesentlich mitbestimmt. Für Polen ist das deutsch-sowjetische Verhältnis, unter dessen Druck es vielfach gestanden hat, seit je ein Alptraum. Von ihm kann Polen in der Tat nur durch eine gesamteuropäische Lösung befreit werden. Aber wie eine solche Lösung aussehen könnte, ist gegenwärtig schwer auszumachen.

HK: Jedenfalls sind Demokratisierung in Polen und Perestrojka in der Sowjetunion politisch stark miteinander verknüpft. Von der Stabilität im Wandel Polens hängt wohl auch für Gorbatschow viel ab?

Holzer: Ich denke, viele Polen setzen hinter die sowjetische Entwicklung ein großes Fragezeichen. Natürlich sind wir Polen vor allem daran interessiert, daß die Stabilität in unserem Lande durch zu rasche Reformen nicht gefährdet wird. Andererseits dürfen wir keine Zeit verlieren, da wir nicht wissen, wieviel Zeit wir haben und ob sich in Moskau nicht plötzlich wieder alles ändert. Wir

sind natürlich für eine substantielle Weiterentwicklung sowjetischer Umgestaltung, aber es kann alles passieren.

HK: Sie fürchten Destabilisierung von innen nicht nur in der Sowjetunion, sondern im ganzen östlichen Europa? Wenn dem so ist, sehen Sie dann in der Periode des historischen Umbruchs mit allen Risiken eruptiver Entladungen eine besondere Aufgabe für die Westeuropäer?

Holzer: Osteuropa ist zur Zeit eine krisenbeladene Zone. Es könnte am Ende des 20. Jahrhunderts zu einem neuen Epizentrum krisenhafter Entwicklungen werden. Wir hoffen, daß es nicht so kommt, aber wir müssen achtgeben. Und Westeuropa müßte schon aus rein egoistischen Gründen Bereitschaft zeigen, den Wandel in Osteuropa solidarisch zu begleiten.

HK: Damit werden auch Deutsche und Polen wieder vor ganz neue Aufgaben gestellt ...

Holzer: Gewiß, aber ich rate zur Vorsicht. Deutsche wie Polen und vor allem deren Eliten fühlen sich gerne als Vermittler zwischen Ost und West. Beide Völker haben tatsächlich eine Brückenfunktion. Sie kann aber nur sehr zurückhaltend wahrgenommen werden.

„Wir sehen einander mit anderen Augen“

Eine Erklärung polnischer und deutscher Katholiken zum 1. September 1989

Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall des Dritten Reiches auf Polen der Zweite Weltkrieg. Eine Gruppe von katholischen Laien, die meisten von ihnen führende Mitglieder des Zentralkomitees deutscher Katholiken (ZdK), hat zusammen mit führenden polnischen katholischen Intellektuellen den 50. Jahrestag des Beginns des deutschen Angriffskrieges zum Anlaß genommen, um sich in einem gemeinsamen Wort zu gegenseitiger Aussöhnung zu bekennen und für ein neues Miteinander in einem Europa offener Grenzen einzutreten. Öffentliches Aufsehen erregte die Erklärung vor allem wegen der in ihr gemeinsam formulierten Forderung nach „dauerhaftem Bestand“ der polnischen Westgrenze. Dafür ernteten die deutschen Unterzeichner der Erklärung Widerspruch in den eigenen Reihen, vor allem von Vertriebenenvertretern – auch im ZdK. In der Gesamtöffentlichkeit überwog aber die Zustimmung. Hier der Wortlaut der Erklärung. Die Zwischenüberschriften sind von der Redaktion.

Am 1. September 1989 jährt sich zum 50. Male der Angriff Deutschlands auf Polen. Er wurde zum Ausgangspunkt des Zweiten Weltkrieges. Dieser Krieg ist von Hitler geplant und schließlich bewußt ausgelöst worden. Er markierte den Höhepunkt und zugleich das katastrophale Ende eines Weges in Menschenverachtung, Gewalt-

herrschaft und Terror, den Deutschland unter der Führung des Nationalsozialismus eingeschlagen hatte.

Am 1. September 1939 kehrte sich die totalitäre Gewalt des Nationalsozialismus, die schon seit Jahren gegen die Freiheit und die Menschenrechte in Deutschland gewütet und Zehntausende von Deutschen versklavt, gemordet oder ins Exil getrieben hatte, gegen die Welt. Polen wurde das erste Opfer des Zweiten Weltkrieges.

„Gemeinsam beklagen wir ...“

Jeden Deutschen, der sich der geistigen und moralischen Überlieferung Europas verpflichtet fühlt, muß es auch heute noch mit tiefer Scham erfüllen zu sehen, mit welcher zielstrebigem Brutalität die Unterwerfung, Teilung und Ausrottung des polnischen Volkes, die Aussiedlung vieler Polen aus ihrer angestammten Heimat und die Auslöschung der polnischen Geschichte und Kultur durch den deutschen Nationalsozialismus betrieben wurde. Eine Politik, die von den primitivsten Kategorien der Menschenverachtung bestimmt war, setzte in vermessener Weise die Zugehörigkeit zum eigenen Volk mit „Gut“ und die zum anderen Volk mit „Böse“ gleich. Sie warf damit, ähnlich wie gegenüber den Juden, schier unüber-

brückbare Gräben zwischen Polen und Deutschen auf und bewirkte eine tiefgehende Vergiftung in den Beziehungen zwischen unseren Völkern. Die Saat des Hasses ist tausendfältig aufgegangen und diente der Rechtfertigung von Terror und Mord in unvorstellbaren Ausmaßen.

Gemeinsam beklagen wir die vielen Millionen von Opfern in Polen, denen im deutschen Namen und von Deutschen das Leben geraubt, denen Gesundheit und Lebensglück genommen worden ist oder die in bitteres Elend gestoßen worden sind. Fast jede polnische Familie wurde davon betroffen. Dies wirkt bis heute nach. Hier ist ein Maß von Schuld aufgehäuft worden, für das es keine Wiedergutmachung geben kann. Infolge des von Hitler ausgelösten Krieges mußten Millionen von Menschen – Polen und Deutsche – gegen ihren Willen ihre angestammte Heimat verlassen.

Gemeinsam erinnern wir daran, daß die Feindschaft zurückschlug, als die Waffen schwiegen. Nun wurden Menschen oft verfolgt, nur weil sie Deutsche waren. Das Leid von Millionen Deutschen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, dabei Tote zu beklagen hatten und ihr Hab und Gut verloren, weckt bei Polen und Deutschen Trauer und Mitgefühl.

Gemeinsam haben wir darunter zu leiden, daß die zynische Machtpolitik, wie sie im Ribbentrop-Molotow-Pakt zum Ausdruck kam, Hitlers blindwütige und zerstörerische Kriegspolitik ermöglichte und damit die Voraussetzungen für die Spaltung Europas in zwei gegensätzliche politische Systeme geschaffen hat. Die haßbeladene Vergangenheit konnte nicht durch Friedensschluß überwunden werden. Sie wurde in einer grundlegend veränderten Weltsituation immer wieder ideologischen und politischen Zielen dienstbar gemacht. So konnten Begegnung und Verständigung zwischen Polen und Deutschen und oft schon die bloße Wahrnehmung von Tatsachen und historischen Zusammenhängen, die unsere Völker betreffen, jahrzehntelang verhindert oder doch über alle Maßen erschwert werden.

„Der Geist, in dem die Bischöfe Polens Vergebung gewährt haben ...“

Es ist das Verdienst der polnischen Bischöfe, als erste die vielfältige Blockierung aufgesprengt zu haben, die durch Krieg und Okkupation, Feindschaft und Haß und schließlich durch den Kampf der Systeme entstanden war. Ihr Brief an die deutschen Bischöfe vom November 1965 setzte ein weithin sichtbares Zeichen der Versöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk.

Mit Dankbarkeit und Stolz stellen wir gemeinsam fest, daß dieser Brief die mutigste und weitsichtigste Tat in den polnisch-deutschen Beziehungen der letzten Jahrzehnte war. Wir erinnern daran, daß die deutschen Bischöfe die dargebotenen Hände ergriffen und daß die deutschen Katholiken auf dem Deutschen Katholikentag 1966 in Bam-

berg feierlich versichert haben, „sich mit allen Kräften dafür einzusetzen, daß das deutsche Volk die nationalen Existenzrechte des polnischen Volkes respektiert.“

Der zutiefst christliche und zugleich menschliche Geist, in dem die Bischöfe Polens Vergebung gewährt und Vergebung erbeten haben, hat den Bann gebrochen, der so lange auf dem deutsch-polnischen Verhältnis lastete. Die Zeit war reif, die Deutschen nicht mehr kollektiv schuldig zu sprechen und die Forderung nach der Wiederherstellung des verletzten Rechts mit der Tugend der Barmherzigkeit zu verbinden.

„Um so mehr gilt der Auftrag, sich der Geschichte zu stellen“

Fünfzig Jahre nach Kriegsbeginn wissen wir gemeinsam mehr und genauer, in welche Abgründe von Haß und Unmenschlichkeit, von Angst und Versagen die totalitäre Entwürdigung des Menschen führen kann. Die Erinnerung an Auschwitz stellt uns die äußerste Gefährdung und Schuld des Menschen vor Augen; sie lehrt uns aber auch, „diese große Mahnung von Auschwitz für Europa und auch für die Welt“ zu befolgen, wie Papst Johannes Paul II. immer wieder betont: Die Sache des Menschen zu verteidigen, seine Würde und seine Rechte zu wahren, die Rechte der Nationen zu sichern, als unabdingbare Grundlage allen menschlichen Zusammenlebens.

Wir Christen sehen diese Würde darin begründet, daß Gott den Menschen als „sein Abbild“ geschaffen hat (vgl. Gen 1,27) und daß Gottes Liebe in Christus die Würde des Menschen endgültig und unverlierbar geoffenbart und bestätigt hat („Redemptor hominis“, 10). Die Tat des heiligen Maximilian Kolbe hat die Kraft dieser Wahrheit und dieser Liebe in einzigartiger Weise bezeugt. Das ist für uns ein Zeichen der Hoffnung. Zusammen mit dem Papst leiten wir daraus die Pflicht und Verpflichtung für uns ab, das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Handeln „unter dem Gesichtspunkt der objektiven und unverletzlichen Menschenrechte einer ständigen Revision zu unterziehen“ („Redemptor hominis“, 17).

Heute hat der größere Teil unserer Völker keine eigene Anschauung mehr von der Zeit vor 50 Jahren. Um so mehr gilt der Auftrag, sich der Geschichte zu stellen, die Erinnerung wachzuhalten und aus ihr für die Gegenwart zu lernen. Das bedeutet nicht Aufrechnung von Unrecht und nicht die Konfrontation von Ansprüchen gegeneinander, sondern die gemeinsame Suche nach der Wahrheit über das, was geschah und wie es geschah. Nur so werden Vorurteile und Gefühle der Überheblichkeit und Feindschaft überwunden.

Zu dieser wichtigen Aufgabe gehört auch, daß wir uns über die Grenzen hinweg, die der Krieg hinterlassen hat, wieder der geistigen und kulturellen Lebenszusammenhänge erinnern, die über Jahrhunderte hin Geist und Gestalt Ostmitteleuropas und das Verhältnis unserer beiden Völker zueinander unverwechselbar geprägt haben. Sehr

viel davon ist durch den Zweiten Weltkrieg für immer verlorengegangen oder verschüttet worden. Aber es gibt auch noch vieles, was die Zeiten überdauert hat und als europäisches Erbe neu entdeckt wird, für das wir gemeinsam Verantwortung tragen. Wo immer heute Polen bedeutende Zeugnisse deutscher Kultur und Geschichte in ihre Obhut nehmen und auch in ihrer Herkunft der Nachwelt erschließen, da werden nationalistische Verengungen aufgesprengt und Brücken gebaut, die unsere Völker verbinden und in die Zukunft führen.

„Deshalb treten wir dafür ein, daß die Westgrenze Polens dauerhaften Bestand hat“

Eine der Folgen des Zweiten Weltkrieges ist die Änderung der territorialen Grenzen, insbesondere Polens. Es gibt noch keine Friedensregelung für Deutschland als Ganzes, aber im Warschauer Vertrag haben die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen übereinstimmend festgestellt, daß die bestehende Grenzlinie die westliche Staatsgrenze Polens bildet, und erklärt, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.

Gemeinsam erklären wir: Die Wahrung der Würde und der Rechte der Menschen ist für eine europäische Friedensordnung unabdingbare Grundlage. Dazu gehören das Recht auf Entfaltung in einer sicheren Umgebung und in gesicherten Grenzen, das Recht auf Teilhabe an den öffentlichen Angelegenheiten, das Recht von Minderheiten auf Wahrung der kulturellen Identität und das Recht jedes Volkes auf Selbstbestimmung sowie die Freizügigkeit im Verkehr von Menschen, Meinungen und Gütern. Deshalb treten wir dafür ein,

- daß die Westgrenze Polens dauerhaften Bestand hat;
 - daß Bevölkerungsgruppen mit anderer sprachlicher und kultureller Prägung, einschließlich der in Polen lebenden Deutschen genauso wie die in Deutschland lebenden Polen, ihre Identität wahren können;
 - daß die Völker Europas, auch das deutsche Volk, das von der Spaltung Europas besonders betroffen ist, das Recht auf Selbstbestimmung wahrnehmen können;
 - daß die Grenzen in Europa immer offener werden;
 - daß die politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung in Europa diese Öffnung erleichtert.
- Das Versprechen der Anti-Hitler-Koalition des II. Weltkrieges, eine demokratische Ordnung des Rechts und der Freiheit für ganz Europa zu errichten, ist noch nicht eingelöst. Dazu bedarf es noch großer Anstrengungen. Je mehr aber diese Ordnung zum Gemeingut aller Europäer wird, desto eher werden die Schranken fallen, die jetzt noch Europa trennen, und um so mehr werden auch die Schatten der Vergangenheit weichen. Nach Jahrzehnten der Abgrenzung, der Spannung und Verhärtung sind Ansätze zu einem Wandel sichtbar. Fortschritte in der Abrüstung, die fortschreitende Überwindung der Relikte des Stalinismus und die im Abschließenden Dokument des

Wiener KSZE-Folgetreffens vom 15. Januar 1989 zum Ausdruck kommende Bereitschaft zu einer neuen Qualität des Dialogs zwischen den Unterzeichnerländern schaffen internationale Voraussetzungen für ein besseres Verhältnis zwischen den Völkern. Die Illusion scheinbarer Sicherheit im Rahmen von Nationalstaaten weicht immer mehr dem Willen zu internationaler Verständigung und Zusammenarbeit.

Unser gemeinsames Ziel ist ein vereintes Europa, das das gesamte Europa einbezieht. Wenn beide Völker, Deutsche und Polen, sich im Streben nach diesem vereinten Europa verbinden, wird dieses Ziel zum Wohl der Menschen leichter und schneller erreicht werden. Es gilt deshalb, alle unsere Kräfte gemeinsam auf dieses Ziel zu konzentrieren.

Die mutigen und befreienden Worte der polnischen Bischöfe von 1965 und die bejahende Antwort der deutschen Bischöfe haben das Verhältnis zwischen unseren Völkern entscheidend verändert. Wir sehen einander mit anderen Augen. Seither sind wir manchen Schritt aufeinander zugegangen. Zahlreiche Verbindungen zwischen katholischen Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen in Polen und in der Bundesrepublik Deutschland sind gewachsen, feste Freundschaften haben sich herausgebildet. Die deutschen Katholiken sahen mit innerer Anteilnahme, wie die große Bewegung „Solidarność“ in Polen Millionen Menschen ergriff und mit friedlichen Mitteln Veränderungen in Staat und Gesellschaft erreichte. Als das Kriegsrecht Polen lähmte, zeigte sich in der Stunde der Not christliche Solidarität in praktischer Hilfe, die unzähligen Menschen zuteil wurde.

Mit Hoffnung begrüßen wir den Prozeß der Demokratisierung in Polen. Er bedarf der nachdrücklichen Unterstützung, damit die schon erreichten Fortschritte gesichert sowie die notwendigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reformen durchgeführt werden können.

Auch heute gilt, was Joseph Kardinal Höffner zum Abschluß des Besuches der deutschen Bischöfe 1980 in Warschau festgestellt hat: Wir dürfen nicht vergessen, was an Schrecklichem und Unmenschlichem zwischen unseren Völkern geschehen ist. Wir dürfen aber auch den Blick nicht ausschließlich zurückwenden. Die Aufgabe der Zukunft lautet: Europa im Geiste Jesu Christi erneuern. Den Weg in diese Zukunft wollen und müssen wir Christen in Polen und Deutschland gemeinsam gehen – in eine Zukunft der Gerechtigkeit, des Friedens und der Freiheit in Europa.

Diese Erklärung wurde von den nachstehend aufgeführten Personen von deutscher und polnischer Seite unterzeichnet:

Bayerlein, Dr. Walter, Vaterstetten; Becher, Dr. Paul, Bonn; Beckel, Dr. Albrecht, Münster; Erb, Elisabeth, Freiburg; Grycz, Wolfgang, Königstein; Hagemann, Dr. Wilfried, Bonn; Hansen, Dr. Ursula, Mainz; Jansen, Dr.

Thomas Maximilian, Brüssel; Kronenberg, Dr. Friedrich, Bonn; Lissek, Dr. Vincens, Bonn; Maier, Prof. Dr. Hans, München; Meyer-Wilmes, Dr. Jürgen, Berlin; Nothof, Karl, Speyer; Raabe, Dr. Felix, Bonn; Remmers, Dr. Werner, Hannover; Risse, Heinz Theo, Mettmann; Sutor, Prof. Dr. Bernhard, Eichstätt; Vogel, Dr. Bernhard, Speyer; Waschbüsch, Rita, Saabrücken; Ziegler, Georg, Bonn.

Bartoszewki, Władysław, Warschau/Augsburg; Bogusz, Józef, Krakau; Drawicz, Andrzej, Warschau; Dziwanowski, Kazimierz, Warschau; Frankiewicz, Stefan, War-

schau; Grabska, Stanisława, Warschau; Henelowa, Józefa, Krakau; Kozłowski, Krzysztof, Krakau; Król, Marcin, Warschau; Mazowiecki, Tadeusz, Warschau; Pszon, Mieczysław, Krakau; Reiter, Janusz, Warschau; Skórzyński, Zygmunt, Warschau; Szczepański, Jan Józef, Krakau; Szczypiorski, Andrzej, Warschau; Tischner, Józef, Krakau; Turnau, Jan, Warschau; Turowicz, Jerzy, Krakau; Wieczorek, Wojciech, Warschau; Wielowieyski, Andrzej, Warschau; Wilkanowicz, Stefan, Krakau; Woźniakowski, Jacek, Krakau; Wóycicki, Kazimierz, Warschau.

Wird eine gesamteuropäische Konföderation möglich?

Ausschnitte aus einem Europa-Memorandum des Bensberger Kreises

Am 16. August – in der relativ ereignisleeren Mittsommerzeit – veröffentlichte der „Bensberger Kreis“, eine Studien- und Aktionsgruppe von Katholiken vorwiegend linkskatholischer Prägung, ein „Memorandum deutscher Katholiken zur Zukunft Europas“. In dem Memorandum fordern die Mitglieder des Kreises quer zum Gemeinsamen Markt und zu den bisherigen (west-)europäischen Einigungsbemühungen und jenseits der Blocksysteme die Schaffung einer „Europäischen Konföderation“. Sie soll gebildet werden aus den europäischen Mitglieds- resp. Teilnehmerstaaten der KSZE (plus Albanien) und als Ergebnis des Entspannungs- und Abrüstungsprozesses als weltoffene, der Dritten Welt gegenüber verpflichtete, neutrale und entmilitarisierte Staaten-Gemeinschaft gegründet werden. Die Sowjetunion soll sich diesem Europa assoziieren können. Die Supermächte sollen die Neutralität garantieren. Mancherlei Widersprüchlichkeiten springen ins Auge und sind den Autoren als solche wohl auch bewußt. Wie soll die ihrer Natur nach schwache gemeinsame Exekutive (und Legislative) die Weltaufgaben bewältigen, die das Memorandum der projektierten Konföderation zuteilt? Passagenweise entsteht der Eindruck, dem Lauf der Weltgeschichte werde vom privaten Schreibtisch aus die Richtung gewiesen. Aber das Memorandum bringt (wenn auch als entlegene Utopie) immerhin eine Perspektive in die Europa-Diskussion, die sich angesichts der Veränderungen in Osteuropa aufdrängt.

Wie die bisherigen Memoranden des Kreises, z. B. sein erstes, heißdiskutiertes Polenmemorandum (vgl. HK, April 1968, 172ff.) und sein weniger beachtetes Friedensmemorandum von 1982 (vgl. HK, Oktober 1982, 475ff.) ist auch das Europamemorandum sehr umfangreich. Es umfaßt 57 Seiten mit 7 Abschnitten (Warum beschäftigt sich der „Bensberger Kreis“ mit einer Europäischen Konföderation; Etappen der Entspannungspolitik; die Herausforderungen durch die sowjetische Reformpolitik; Die Idee der Europäischen Konföderation;

Chancen, Probleme, Widerstände; Die Europäische Konföderation – eine realistische Zielsetzung). Wir dokumentieren einige Passagen aus dem ersten, dem vierten und dem fünften Abschnitt, aus denen Sinn und Zielrichtung der postulierten Konföderation deutlich werden. Die Zwischenüberschriften sind von der Redaktion.

...

Wenn wir den Gedanken des gemeinsamen europäischen Hauses aufgreifen, dann in einem Verständnis, das weit über die klassische Zielsetzung eines vereinten Europas hinausreicht. Es geht uns nicht um die Übersteigerung nationalstaatlicher Politik, wie sie für das Europa des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts und dann noch einmal in den fünfziger und sechziger Jahren kennzeichnend war, das heißt um den Versuch, das Übergewicht (West)Europas als handelsstärkste Wohlstandsregion der Welt irgendwie in das kommende Jahrhundert hinüberzuretten und damit die vor 500 Jahren mit der Entdeckung Amerikas begonnene Vormachtstellung der Europäer in der Welt zu wahren. Die institutionelle Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft (EG) durch die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), die Einheitliche Europäische Akte (EEA) und die geplante Europäische Union der EG-Staaten läßt bereits jetzt erkennen, daß ein hauptsächlich eigenen Macht- und Wirtschaftsinteressen dienender westeuropäischer Block im Entstehen begriffen ist. Unter einer solchen Zielsetzung dürfte die für 1992 geplante Vollendung des Binnenmarktes der EG zur weiteren Ausbeutung, Verschuldung und Verelendung der Dritten Welt und in letzter Konsequenz zu einer europäischen militärischen Machtkonzentration führen, die sich nicht gegen den Osten, sondern gegen Ansprüche eben dieser Dritten Welt auf einen gerechten Anteil an den knappen Ressourcen unserer Welt und an den in den Industriestaaten angehäuften Wohlstand rich-